

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Auf die Notwendigkeit intensiverer Forschungsaktivitäten macht Josef Vosen MdB aufmerksam.

Seite 1

Wie will Waigel die Steuerlöcher stopfen, fragt Helmut Wlaczorek MdB.

Seite 3

Dokumentation

Im Bemühen um friedliches Miteinander nicht nachzulassen forderte Johannes Rau auf der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Brandanschlags in Solingen.

Seite 4

49. Jahrgang / 102

31. Mai 1994

Wir brauchen mehr Forschung Die Industrie ist verstärkt gefordert

Von Josef Vosen MdB

Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das vom Bundesforschungsminister über die Großforschungseinrichtungen KfK-Karlsruhe und KFA-Jülich in Auftrag gegebene Gutachten ist jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Die Kern-Aussagen des Weule-Gutachtens

- o nur 30prozentiger für die Industrienutzbarer Anteil anwendungsorientierter Forschung,
- o für kleine und mittlere Unternehmen praktisch kaum nutzbare Arbeiten und
- o zu hohe Aufwendungen für Verwaltung, betriebliche Infrastruktur und wissenschaftlich-technische Infrastruktur

mit den darauf aufbauenden Forderungen beziehungsweise Vorschlägen,

- o die anwendungsorientierten Forschungsanteile auf 75 Prozent zu erhöhen,
- o die für kleine und mittlere Unternehmen relevanten Anteile zu steigern und
- o dies bereits in den bevorstehenden Aufsichtsratssitzungen nach BMFT-Vorgaben umzusetzen,

sind durch und durch unrealistisch.

Das Gutachten ist ein weiterer Meilenstein der seit 1982 andauernden "unendlichen Geschichte" von Versuchen der jeweiligen Bundesforschungsminister, für die Großforschungseinrichtungen insgesamt (es sind mittlerweile 16) und auch für einzelne Großforschungseinrichtungen den passenden Aufgabenrahmen, die richtige Ergebnisorientierung und angemessene Struktur- und Finanzierungslösungen zu finden.

Im Oktober 1982 rief Heinz Riesenhuber in einer Rede vor der Fraunhofer-Gesellschaft "die Nützlichkeit als Ziel und Maßstab der Arbeit der Großforschungseinrichtungen" aus. Dies löste bereits beträchtliche Unruhe aus. Mehr als ein sehr unscharfer Bericht zu "Status und Perspektiven der Großforschungseinrichtungen" (Drucksache 10/1327 vom 16. April 1984) kam dabei nicht heraus.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erweiterte Umwelt
mit recyceltem Rohstoff
Recycling-Paper



In der Folgezeit wurden die Anteile der Grundlagenforschung von 1982 circa 20 Prozent auf jetzt fast 40 Prozent erhöht. Es wurden Vereinfachungen im Verwaltungsverfahren (!) und einige Verbesserungen der Flexibilitätinstrumente eingeführt, woran in Einzelfällen die Opposition mitwirkte. Eine gegenläufige Phase wurde Ende der 80er Jahre mit der neuen Richtung "Effizienz durch Mitteleinsparung" eingeleitet. Gleichzeitig wurden mit der deutschen Einigung drei neue "Kleinst"-Großforschungseinrichtungen geschaffen, aber auch ihnen wurde umgehend der Geldhahn zugedreht.

Diese Phase des gleichzeitigen Bremsens und Gasgebens dauert an. Sie soll sich nach dem Willen der amtierenden Bundesregierung auch 1995 fortsetzen. Daß viele Großforschungseinrichtungen unter diesen Vorgaben seit Jahren stärker mit internen Mittelverteilungsprozessen als mit output-orientierten Arbeiten beschäftigt sind, nimmt nicht Wunder.

In dieser Situation jetzt, wie durch den Daimler-Benz-Gutachter Weule geschehen, eine Erhöhung der industrie-relevanten Teile auf 75 Prozent und eine Verwaltungsreduzierung vorzuschlagen, beweist dreierlei:

- o Erstens den Versuch, in der Situation eigener industrieller Finanzierungsschwierigkeiten für Forschung und Entwicklung dem Staat ersatzweise tief in die Tasche zu greifen.
- o Zweitens das tiefgreifende Unverständnis über die von der Bundesregierung produzierten und in Jülich und in Karlsruhe einfach geltenden und zu beachtenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften.
- o Drittens - und dies ist das Gravierendste - beweist es, daß es zwischen Bundesregierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaft nicht den geringsten gemeinsamen Ansatz gibt, und daß die Bundesregierung als die eigentlich verantwortliche Kraft nicht in der Lage ist, einen geordneten Dialog über die Rolle von Forschung und Wissenschaft in den Großforschungseinrichtungen zu organisieren.

Wenn die deutsche Industrie eine Industrierelevanz von 75 Prozent bei diesen Großforschungseinrichtungen fordert, dann soll sie auch 75 Prozent der Kosten für diese Großforschungseinrichtungen bezahlen. Die Aufgaben der Großforschungseinrichtungen lassen sich nicht auf industrierelevante Aufgaben reduzieren.

Würden die Gutachter-Vorschläge ernst genommen, so würden Grundlagenforschung und Vorsorgeforschung in Jülich und Karlsruhe unter die Räder kommen beziehungsweise müßten neu organisiert werden. Das kann ja wohl nicht die Haltung der Bundesregierung sein. Außerdem würde sich das Ganze auf dem Rücken der Mitarbeiter abspielen, denen es die SPD wirklich abnimmt, daß sie das Hü! und Hott! der Bundesregierung jetzt leid sind.

Das kann so nicht gehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion widerspricht diesem Gutachten entschieden.

Wenn man zusätzlich bedenkt,

- o daß der Gutachter nicht in Jülich war, was als Skandal am Rande gelten muß,
- o daß das Gutachten in seiner Langfassung den bewerteten und kritisierten Einrichtungen nicht einmal zur Stellungnahme gegeben wurde und
- o daß ein Daimler-Benz-Vertreter seit Jahren im Industrie-Beirat der KFA Jülich sitzt, wird das Gutachten auch methodisch entwertet.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, jetzt endlich auf die Forderungen einzugehen, die mit dem SPD-Antrag "Zur Zukunft der Großforschungseinrichtungen" (Drucksache 12/2064 vom 12. Februar 1992) formuliert worden sind.

Die SPD fordert nach wie vor die Einsetzung einer Strukturkommission, die mit Unterstützung von Fachkommissionen ein Strukturkonzept "Großforschung 2000" im Kontext des übrigen

Forschungssysteme erarbeitet, das auf den Zukunftskonzepten der einzelnen Großforschungseinrichtungen und einer querschnittartigen Evaluierung der bisherigen Forschungsschwerpunkte unter Einbeziehung der bisherigen Begutachtungsergebnisse aufbaut.

In ein solches Konzept müssen unter anderem,

- o die thematische Neuorientierung für eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft,
- o die Einpassung der Forschung mit Großgeräten der Grundlagenforschung in einen europäischen und internationalen Rahmen,
- o die Reduzierung von Kernenergieforschung,
- o die Klärung des Beitrages der Großforschungseinrichtungen für die Erarbeitung von Schlüsseltechnologien für die industrielle Anwendung und ihre Mitfinanzierung durch die Industrie,
- o die Stärkung der Technikfolgenabschätzung und -bewertung und
- o eine bessere Vernetzung mit den Universitäten

eingehen.

Dabei müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt werden, und bis zur Klärung dieser Fragen müssen Kürzungsmaßnahmen bei der Großforschung unterbleiben. In der Forschungsdebatte am 15. Juni 1994 werden wir uns erneut für diese Politik einsetzen.

Wenn der Bundesforschungsminister wirklich eine effiziente Reform der Großforschung anstrebt, so sollte er als erstes dafür sorgen, daß die kerntechnischen Altlasten bei den Einrichtungen in die Obhut und Finanzierung des Umweltminister überstellt werden. Hiermit könnten neue Freiräume für die Großforschung eröffnet werden.

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Forschung. Und wir brauchen auch nicht die Ersetzung der industriellen Forschung durch die staatlich finanzierte Forschung, sondern wir brauchen unabhängig davon auch eine verstärkte Anstrengung in der Industrie.

(-/31. Mai 1994/rs/ks)

**Wie will Waigel die Steuerlöcher stopfen?
Dem Bundesfinanzminister fehlen 62 Milliarden**

**Von Helmut Wiczorek MdB
Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Auswirkungen der neuen Steuerschätzung auf die Bundesfinanzen werden von der Bundesregierung wieder einmal in gewohnter Weise verschleiert. Während die Steuerschätzung für die Jahre 1995 bis 1997 "nur" Mindereinnahmen in Höhe von rund 36 Milliarden DM ausweist, beträgt das Steuerloch gegenüber dem geltenden Finanzplan tatsächlich rund 62 Milliarden DM.

Bundshaushalt	1995	1996	1997
Steuereinnahmen lt. Finanzplan 1993-1997 in Milliarden DM	384,1	414,8	436,0
Steuereinnahmen laut Steuerschätzung vom 20. Mai 1994 in Milliarden DM	375,5	389,8	408,0
Steuerloch in Milliarden DM	8,6	25,0	28,0

Der Hauptgrund: Im Finanzplan hat Waigel bereits 20 Milliarden DM an Mineralölsteuer zur Finanzierung des Bundeshaushalts fest eingeplant, die ihm nach geltendem Steuerrecht jedoch nicht zur Verfügung stehen:

- Im geltenden Finanzplan sind für die Jahre 1996/97 rund 12,5 Milliarden DM durch eine zusätzliche Mineralölsteuererhöhung veranschlagt.
- Da die Zustimmung der Länder zur Bahnreform Waigel teurer kam als erwartet, fehlen ihm unter dem Strich für beide Jahre zusätzlich knapp acht Milliarden DM an Mineralölsteuer.

Bisher fehlt jeder Hinweis, wie Waigel diese Steuerlöcher ohne weitere Steuererhöhungen finanzieren will.

(-/31. Mai 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

In unserem Bemühen um friedliches Miteinander nicht nachlassen

Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, sprach am 29. Mai auf der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Brandanschlages in Solingen. Wir veröffentlichen seine Rede im Wortlaut.

Viele der Fragen, die auch ich mir heute vor einem Jahr gestellt habe, sind für mich unbeantwortet. Was geht in Menschen vor, die eine solche Tat tun? Was geschieht in ihren Köpfen, was mag in ihren Herzen vor sich gegangen sein?

- * Wie kann es jetzt weiter gehen?
- * Kann es nach einer solchen Tat überhaupt weiter gehen?

Ich werde diese Fragen nicht los, aber eine Antwort habe ich bekommen, eine Antwort von Mevlüde Genc, der Mutter und Großmutter von vier der Getöteten. Sie hat bei der Trauerfeier ein Zeichen der Hoffnung gesetzt und sagt:

"Der Tod meiner Angehörigen soll uns alle dafür öffnen, Freunde zu sein."

Diese Bitte um Freundschaft, diese Mahnung zur Gewaltlosigkeit hat allen Mut gemacht, die dabei gewesen sind. Für mich waren diese Worte ein Hoffungsanker. Sie haben mir gezeigt, es gibt Menschen,

- * die antworten auf Haß nicht mit Haß,
- * und die verlieren selbst nach einer so heimtückischen Untat, nach einem so schrecklichen Mord nicht die Hoffnung auf das Gute, auf Verzeihen und auf Mitmenschlichkeit.

I.

Solche Zeichen des Miteinanders brauchen wir in unserem Land dringender denn je. Durch die Bundesrepublik Deutschland führt eine Spur von Haß und Gewalt gegen Fremde - von Eberswalde über Hoyerswerda, von Hünxe und Rostock nach Solingen und jetzt gerade wieder, wir haben soeben davon gehört, nach Magdeburg.

Mitten unter uns erleben wir schlimmste Angriffe auf den inneren Frieden in unserer Gesellschaft. Menschen werden an Körper und Seele verletzt, nur weil sie anderer Herkunft oder anderer Hautfarbe sind.

Es ist keine Entschuldigung, daß Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt zunehmen. Dazu dürfen wir nicht schweigen. Aber zuerst müssen wir dafür Sorge tragen, daß in unserem Land die Menschenrechte der Verfassung nicht dem Faustrecht der Straße erliegen.

Heute fragen unsere Nachbarn: Sind die Deutschen wieder dabei, sich an die mörderische Gewalt von Rechtsextremisten zu gewöhnen?

Da hilft es nicht, daß wir klagen über eine ungerechte Behandlung durch das Ausland. Es stimmt: Auch da gibt es fremdenfeindliche Gewalt. Gegen Rassismus und Fremdenhaß ist kein Land immun. Sie sind ein menschliches Problem - weltweit.

Aber Fremdenhaß und Rassismus haben bei uns in Deutschland eine schlimmere Bedeutung als bei anderen. Der Schatten von Auschwitz liegt auch über den Nachgeborenen. Und das zu sagen, ist kein Zeichen von Schwäche und ist nicht die Preisgabe unserer Identität. Für uns Deutsche gibt es keine erinnerungsferne, keine gleichsam fugendichte Normalität - auch und gerade nicht nach der Vereinigung.

Wer heute aus dem Schatten von Auschwitz heraustreten will, der setzt den kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte aufs Spiel und damit die Grundlage für eine politische Gesittung, die zu unserem Staatswesen gehören muß.

Der erste deutsche Versuch der Demokratie - Weimar - ist nicht gescheitert, weil es zu viele Radikale gab, sondern Weimar ist gescheitert, weil es zu wenig mutige Demokraten gab. Das ist die Wahrheit.

Der zweite Versuch, den wir nun seit 45 Jahren unternehmen, wird daran gemessen, wieviel Kraft wir haben, die alten Gespenster zu bannen.

II.

Darum dürfen wir nicht an der Oberfläche bleiben. Darum dürfen wir uns nicht beschränken auf Resolutionen, auf öffentlich wirksame Aktionen, die sind auch wichtig, aber noch wichtiger ist es, daß wir nach den Ursachen für Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt suchen.

Keine Frage ist, daß der Schutz der bedrohten Menschen, die Verfolgung der Straftäter mit allen gebotenen Mitteln des Rechtsstaates unverzichtbar sind.

Aber entscheidend ist, daß wir die sozialen Ursachen für die Resonanz fremdenfeindlicher Parolen verringern.

Darum sage ich: Wir brauchen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die nicht zuläßt, daß eine wachsende Minderheit auf der Strecke bleibt oder das Gefühl hat, auf der Strecke zu bleiben. Ich sehe darin den wirkungsvollsten Beitrag gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

III.

Der Satz, man müsse den Anfängen wehren, ist richtig. Richtig bleibt auch: Straftaten sind Sache der Polizei und der Justiz, aber demokratiefeindliche Reden und Schreiben muß mit demokratischem Reden und demokratischem Schreiben bekämpft werden.

Und wer sich über die Untaten des Rechtsextremismus empört, der darf nicht die Unworte überhören, die nicht nur an manchen Stammtischen die Runde machen. Untaten wird durch Unworte der Boden bereitet.

Das Miteinander von Menschen, die aus ganz unterschiedlichen kulturellen Welten kommen, kann auf Dauer nur gelingen, wenn wir eine neue Kultur der Empfindlichkeit einüben.

Das bedeutet für das tägliche Zusammenleben:

- * Niemand darf weghören, wenn am Arbeitsplatz oder in der Kneipe Vorurteile gegen Ausländer geschürt werden.
- * Niemand darf wegschauen, wenn ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger diskriminiert werden.
- * Niemand darf mitlachen, wenn Rassismus als Witz getarnt verbreitet wird.

Da braucht man kein Held zu sein, aber ohne ein bißchen Zivilcourage möglichst vieler kann eine menschliche Gesellschaft nicht existieren.

IV.

Wir haben durchaus Anlaß, ein wenig Stolz darauf zu sein, daß Deutschland von einem Land, das man flieht, längst zu einem Land geworden ist, das man sucht.

Aber das Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen von Menschen mit unterschiedlichen Traditionen, Kulturen und Religionen verlangt Toleranz von beiden Seiten, verlangt Offenheit und die Bereitschaft, Neues aufzunehmen. Wir haben es eben vom Vorsitzenden des Ausländerbeirates gehört.

Viele haben diese Erfahrung gemacht: Ein Fremder ist interessant, hundert Fremde können befremdend sein. Ein Fremder ist als Gast willkommen, aber nicht als Konkurrent um die Wohnung und den Arbeitsplatz. Darum droht Fremdenangst - vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Krisen - in Fremdenfeindlichkeit umzuschlagen.

Das Zusammenleben kann nur gelingen, wenn wir nicht die Menschen abschreiben oder gar verurteilen, denen Fremdes Angst macht. Wir müssen aber dafür sorgen, daß aus Angst vor Fremden nicht Haß wird, der sich in Gewalt entläßt.

Theodor Adorno hat gesagt, unser Ziel muß eine Gesellschaft sein, in der Menschen 'ohne Angst verschieden sein können'. Ich glaube, das ist richtig.

Das ist keine leichte Aufgabe: Nicht gegeneinander, nicht nebeneinander, sondern miteinander leben wollen.

Eine wichtige Voraussetzung dafür, da stimme ich dem Vorredner zu, ist die Reform des Staatsbürgerrechts. Sie ist längst überfällig, damit Menschen nicht wegen ihrer Herkunft Bürger zweiter Klasse bleiben und allzuoft auch als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist kein Patentrezept gegen Fremdenfeindlichkeit. Aber sie kann helfen, und weil sie helfen kann, sollten wir endlich Ja zu ihr sagen.

Heute leben in Nordrhein-Westfalen fast zwei Millionen Ausländer, ein Drittel von ihnen länger als 20 Jahre. Sie und ihre Kinder sind nicht unsere Gäste. Ihnen stehen die gleichen Rechte und Pflichten zu wie allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.

Wir müssen jetzt alles tun, um friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft neu und wieder möglich zu machen. Die Frage, wie wir dieser Aufgabe gerecht werden, ist auch die Frage nach der Zukunft unserer Republik.

Aber ich will die Rolle der Politik nicht überschätzen. Sie kann nur den Rahmen setzen, sie kann Grenzen ziehen und Wege ebnen. Aufeinander zugehen müssen die Menschen selber.

Die Familie Genc hat dafür vor einem Jahr ein Beispiel gegeben, das uns beschämt, das uns aber auch Mut macht.

Ihre Bereitschaft, in Solingen zu bleiben, ist für uns alle eine Mahnung, unserem Bemühen um friedliches Miteinander nicht nachzulassen.

Dafür ist in dieser Stadt vieles getan worden - nicht erst nach dem Brandanschlag, dessen Opfern wir heute gedenken.

Die ausgestreckte Hand der Familie Genc ist in Solingen angenommen worden. Ausländer und Deutsche haben im Alltag Zeichen menschlicher Wärme und gegenseitiger Hilfe gesetzt. Das kann die Erinnerung an die schreckliche Tat nicht auslöschen. Aber wir können die Mauern, die durch Gewalt und Haß errichtet worden sind, nur durch Verständigung und Freundschaft überwinden.

Ich will allen dafür danken, die sich in dieser Stadt und in den Städten und Gemeinden unseres Landes für ein friedliches Miteinander einsetzen und die beharrlich und geduldig diesen Weg weitergehen. Er ist nicht immer leicht, aber jeder andere Weg führt in das Verderben der Anderen und in unser eigenes Elend.

(-/31. Mai 1994/rs/fr)
